



Familien gehören zusammen – Pro Asyl fordert Kommunen und Organisationen zur Erstunterzeichnung eines Aufrufs zur Familienzusammenführung auf

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Bundestagswahl rückt näher – und ein Thema ist in den letzten Monaten und Jahren aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwunden: Die erzwungene Trennung von Flüchtlingsfamilien. Minderjährige Geflüchtete in Deutschland warten sehnsüchtig darauf, ihre Mütter wieder in den Arm nehmen zu können. Väter, die einen Schutzstatus zuerkannt bekommen haben, bangen in ständiger Angst um das Wohlergehen ihrer Frauen und Kinder, die in Kriegsgebieten oder überfüllten Flüchtlingslagern an Europas Außengrenzen ausharren. Tausende Familien sind zerrissen, in vielen Fällen bereits seit Jahren.

Der Grund: Behörden verschleppen die Verfahren; oft dauert es viele Monate um überhaupt einen Termin bei einer deutschen Botschaft zu bekommen. So sitzen unzählige Familien fest und warten auf ein Visum. Andere dürfen nicht einreisen, weil der Bundestag aus einem Grundrecht einen Gnadenakt gemacht hat. Seit dem 1.8.2018 gibt es ein monatliches Kontingent: maximal 1000 Menschen pro Monat dürfen im Rahmen des Familiennachzugs zu ihrer Kernfamilie nach Deutschland kommen. Aber ein Grundrecht ist nicht limitierbar. In Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes heißt es: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“ Das muss endlich wieder für alle Menschen in diesem Land gelten, auch für jene, die bei uns Schutz suchen!

Deshalb starten wir nun eine Initiative und bitten um Ihre Unterstützung. Damit dieses Anliegen gehört wird, haben wir den **Aufruf „Familien gehören zusammen“** im Anhang verfasst. Wir möchten den Aufruf mit **erstunterzeichnenden Organisationen und Bürgermeister*innen vor dem Internationalen Tag der Familie am 15. Mai** veröffentlichen.

Unterzeichnen Sie diesen Aufruf möglichst bis zum 06. Mai und senden Sie eine E-Mail mit vollständigem Organisationsnamen an: familie@proasyl.de (Die Zusendung eines Logos ist nicht notwendig.)

Sprechen Sie auch den/die (Ober-)Bürgermeister:in Ihrer Stadt an, ob er/sie diesen Aufruf unterschreibt.

Wir bitten Kirchengemeinden, Verbände, Vereine, Organisationen und Initiativen: Bieten Sie getrennten Flüchtlingsfamilien die Möglichkeit, ihr Schicksal öffentlich darzustellen. In hunderten von Kommunen findet im September die [Interkulturelle Woche](#) in zeitlicher Nähe zur Bundestagswahl statt. Führen Sie Veranstaltungen mit Kandidat*innen aus Ihrem Bundestagswahlkreis durch. Gehen Sie mit Flüchtlingsfamilien, die auf den Nachzug von Kindern, Ehepartnern oder Eltern warten, in die Sprechstunden der Bundestagsabgeordneten, Kandidatinnen und Kandidaten.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, dass das Leid der getrennten Familien endlich wieder wahrgenommen und beendet wird.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung.

Viele Grüße
Günter Burkhardt

Aufruf #Familien gehören zusammen

Krieg und schwere Menschenrechtsverletzungen zwingen Tausende Menschen zur Flucht. Diese ist nicht nur gefährlich und voll Unwägbarkeiten, oft werden auf der Flucht auch Familien auseinandergerissen. In der Folge ist es nicht ungewöhnlich, dass ein Teil der Familie sich zum Beispiel bereits in Deutschland befindet, während Angehörige noch in unmittelbarer Nähe zum Konflikt oder in einem der griechischen Flüchtlingslager festsitzen. Ein Weg zurück in die Herkunftsländer wie Syrien oder Eritrea, wo Bürgerkrieg oder Diktatoren herrschen, ist den Geflüchteten aufgrund der dortigen politischen Verhältnisse meist versperrt. Um wieder gemeinsam als Familie in Sicherheit zusammen zu leben, bleibt nur der Familiennachzug nach Deutschland.

Jedoch stehen die Betroffenen vor gravierenden Problemen: Visumsverfahren ziehen sich oft jahrelang hin – oder der Familiennachzug wird sogar komplett verhindert. Seit 2018 wurde ein monatliches Kontingent definiert: Maximal 1000 Menschen pro Monat dürfen im Rahmen des Familiennachzugs zu ihrer Kernfamilie mit subsidiärem Schutz nach Deutschland kommen.

Wir fordern den Bundestag und die Bundesregierung auf: Stellen Sie sicher, dass Geflüchtete als Familie zusammenleben können!

Setzen Sie sich ein:

- Für eine rechtliche Gleichstellung von subsidiär Geschützten und Flüchtlingen
- Für eine digitale Beantragung von Visaanträgen und die Bearbeitung innerhalb von wenigen Wochen
- Auch minderjährige Geschwisterkinder dürfen nicht vom Familiennachzug ausgeschlossen werden

Wir rufen den Bundestag und die Bundesregierung zum Handeln auf!

Dieser Aufruf wird von PRO ASYL an Kirchen, Verbände und Initiativen weitergegeben und soll mit **erstunterzeichnenden Organisationen und Bürgermeister:innen vor dem Internationalen Tag der Familie am 15. Mai**, zum Beispiel am 13.5., veröffentlicht werden.

Unterzeichnen Sie diesen Aufruf möglichst bis zum 06. Mai und senden Sie eine E-Mail mit vollständigem Organisationsnamen an: familie@proasyl.de (Die Zusendung eines Logos ist nicht notwendig.)

Günter Burkhardt, PRO ASYL
April 2021